

08.10.2021

*Projektnewsletter VIII/2021*

# Flucht & Menschenhandel

## Sensibilisierung, Prävention und Schutz

---

### Neuigkeiten

#### National

##### *Lagebild des BKA zu Menschenhandel*

Das BKA hat das [Bundeslagebild](#) zu Menschenhandel und Ausbeutung 2020 veröffentlicht. Es wird berichtet, dass die deutsche Polizei im vergangenen Jahr im Vergleich zum Vorjahreszeitraum deutlich mehr Ermittlungsverfahren im Bereich Menschenhandel geführt hat, insbesondere Verfahren wegen Arbeitsausbeutung und Ausbeutung von Minderjährigen. Prozentual stiegen die Ermittlungen um 22,7 Prozent zum Vorjahr, mit insgesamt 465 Ermittlungsverfahren wegen Menschenhandel und Ausbeutung im Jahre 2020.

Schwerpunkt der polizeilichen Ermittlungen sind nach wie vor Vergehen wegen sexueller Ausbeutung, v.a. im Bereich der Sexarbeit, wie Zwangsprostitution und Ausbeutung von Prostituierten. In diesem Bereich wurden mehr jüngere Betroffene als im Vorjahr identifiziert. Auffällig ist auch der starke Anstieg der Ausbeutung von Minderjährigen sowie sexuelle Missbrauchshandlungen, welche verstärkt über Internetplattformen organisiert wurden und sich vermutlich auch als Folge der Beschränkungen der COVID-19-Pandemie stärker ausprägen konnten. Die pandemiebedingten Entwicklungen verringerten gleichzeitig die Kontroll- und Aufdeckungsmöglichkeiten der Ermittlungsbehörden sowie den Zugang zu Beratungs- und Hilfestrukturen. Die Prostitution hat sich nach Aussagen des BKA vielfach von Bordellen in Wohnungen, Häuser und Hotels verlagert, was Kontrollen massiv erschwert.

Im aktuellen Bericht wurde erstmalig erhoben, bei welchen Arten von Dienststellen die Fälle bearbeitet und abgeschlossen wurden. Etwas mehr als die Hälfte der Verfahren wurde von spezialisierten Fachdienststellen für Menschenhandel geführt. Trotz Zunahme

der polizeilichen Ermittlungsverfahren wird weiterhin davon ausgegangen, dass eine hohe Zahl an Straftaten im Bereich Menschenhandel und Ausbeutung unentdeckt bleibt.

### **Rückkehr-Watch: Recherche- und Dokumentationsprojekt zu Rückkehrprogrammen**

Am 30.08.21 ging das Recherche- und Dokumentationsprojekt Projekt [Rückkehr-Watch](#) der Entwicklungshilfeorganisation medico international online. Die Bundesregierung und die EU setzen vermehrt auf „freiwillige“ Rückkehrprogramme, und nutzt damit entwicklungspolitische Maßnahmen für innenpolitische Zielsetzungen. Das Recherche-Projekt wirft einen kritischen Blick auf die Ausreise befördenden Programme und erzählt Geschichten derer, die nach ihrer Rückkehr schlechter dastehen als zuvor. Es werden Portraits von Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern, die im Rahmen der Programme zurückgekehrt sind, dargestellt. Ausreisedruck und Alternativlosigkeit führen wohl oftmals zur „freiwilligen“ Ausreise. Neben den Portraits werden journalistische Hintergrundartikel und politische Positionen gesammelt. Kurzfilme machen die Programme und ihre Konsequenzen für die Rückkehrer\*innen anschaulich, Expert\*innen erörtern den Rückkehrförderungstrend und erklären, wie die Programme aufgebaut sind und wie sie in den jeweiligen Ländern umgesetzt werden.

### **Straftaten gegen Geflüchtete und Hilfsorganisationen im zweiten Quartal 2021**

Die Antwort der Bundesregierung ([19/32189](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke ([19/31938](#)) zeigt die aktuellen Zahlen von Straftaten gegen Geflüchtete im zweiten Quartal 2021 auf. Danach wurden in den ersten beiden Quartalen 35 Geflüchtete bei Gewaltdelikten verletzt. Außerdem wurden von April bis Juni 2021 229 politisch motivierte Delikte verübt, „die sich gegen Asylbewerber beziehungsweise Flüchtlinge außerhalb von Asylunterkünften“ richteten. Der Großteil dieser Delikte wird politisch rechts motivierten Personen zugeordnet. Des Weiteren liegen der Bundesregierung Erkenntnisse zu vier Straftaten gegen Hilfsorganisationen und fünf Straftaten gegen Ehrenamtliche bzw. freiwillige Helfer\*innen vor, die alle dem Phänomenbereich rechts motiviert zuzuordnen sind.

### **Abschiebungen und Ausreisen in der ersten Jahreshälfte 2021**

Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2020 [stieg](#) die Zahl der Abschiebungen im gleichen Zeitraum 2021 um etwa 23 Prozent. Insgesamt wurden in der ersten Jahreshälfte 2021 5.688 Menschen abgeschoben, darunter 1.171 Überstellungen im Rahmen der Dublin-III-Verordnung. Vorläufigen Zahlen zufolge nahmen etwa 3.000 Personen eine finanzielle Förderung im Rahmen des REAG/GARP Programmes in Anspruch und haben Deutschland im Rahmen der „freiwilligen Rückkehr“ verlassen. Im ersten Halbjahr 2021 gab es etwa 5.500 Zurückweisungen an den Grenzen und 1.671 Zurückschiebungen. Wenn eine Grenzüberschreitung durch Ausländer\*innen von einem angrenzenden Staat in die Bundesrepublik durch die Grenzbehörden verhindert wird, spricht man von „Zurückweisung“. Eine „Zurückschiebung“ findet hingegen statt, wenn Ausländer\*innen bereits irregulär die Grenze überschritten haben.

Eine Abschiebung ist eine staatliche Zwangsmaßnahme. Laut [Mediendienst Integration](#) fordern immer öfter Politiker ein konsequenteres Durchgreifen bei Abschiebungen. Jedoch gäbe es auch Unterschiede zwischen den Bundesländern und ihrer Rückkehr-Praxis. Einige Bundesländer bevorzugen freiwillige Rückreisen, während andere tendenziell mehr Menschen abschieben.

### ***Widerruf der Rücknahme von Schutzentscheidungen***

Laut einer Antwort der Bundesregierung ([19/32466](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke ([19/32057](#)) sind bis zum 15.02.21 insgesamt 2.851 Klagen gegen Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur Rücknahme zuvor erteilter Schutzentscheidungen eingereicht worden. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden 961 Gerichtentscheidungen getroffen. In 41 Prozent der Fälle kam es zu einem Widerruf der Rücknahme der Asylberechtigung beziehungsweise der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder von subsidiärem Schutz. Lediglich in acht Prozent erfolgte kein Widerruf. In mehr als der Hälfte der Fälle kam es zu sonstigen Verfahrenserledigungen wie etwa Rücknahmen der Klagen.

### ***Aktionswoche GleichBeHandeln***

Vom 4. – 8. Oktober hat das Bündnis [GleichBeHandeln](#) eine Aktionswoche in mehreren deutschen Städten organisiert. Nach der Bundestagswahl sollen die gewählten Parteien und die Öffentlichkeit auf die Übermittlungspflicht aufmerksam gemacht und zum Handeln aufgerufen werden. Jeder Mensch hat per Gesetz das Recht auf ärztliche Behandlung. Trotzdem können zahlreiche Menschen, die ohne Aufenthaltsstatus in Deutschland leben, nicht zum Arzt. Nach § 87 Aufenthaltsgesetz ist das Sozialamt bei einer Kostenübernahme der Behandlung verpflichtet, die Daten an die Ausländerbehörde zu übermitteln. Damit würde den Betroffenen die Abschiebung drohen. Mit der [Petition](#) soll die Übermittlungspflicht einschränkt und allen Menschen – unabhängig ihres Status – ermöglicht werden, ohne Angst zum Arzt gehen zu können. Zu dem breiten Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen gehören neben PRO ASYL und Amnesty International auch der KOK.

### **International**

#### ***Lage in libyschen Flüchtlingslagern***

Die Fraktion Die Linke ([19/31246](#)) stellte eine Kleine Anfrage über die menschenrechtliche Situation in libyschen Haftanstalten, sogenannte Detention Centers. In der Antwort ([19/31828](#)) hieß es, dass sich nach Kenntnis der Bundesregierung im Juni 2021 etwa 6.100 Menschen in offiziellen Detention Centers in Libyen aufgehalten haben. Die Gesamtzahl der Geflüchteten belaute sich laut Internationaler Organisation für Migration (IOM) in Libyen auf etwa 597.000. Die Zahl der in Detention Centers festgehaltenen Personen sei in den letzten Jahren stark gesunken, so seien 2018 noch etwa 40.000 Menschen dort untergebracht worden, Ende 2020 jedoch kaum mehr als 1.000 Personen. Weiterhin sei die Situation in den Detention Centern inakzeptabel und es komme regelmäßig zu teils schweren Menschenrechtsverletzungen. Internationale Organisationen und humanitäre NGOs sowie Vertreter\*innen der Botschaften haben nur eingeschränkten Zugang zu den offiziellen Detention Centers.

---

## Urteile

### ***EGMR verurteilt Rückschiebung durch Bulgarien***

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) [entschied](#) im Juli 2021, dass die systematische Rückschiebung von Geflüchteten in die Türkei ohne eine Prüfung des individuellen Risikos drohender Menschenrechtsverletzungen gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstöße. Dem türkischen Journalisten D. wurde in Bulgarien die Möglichkeit Asyl zu beantragen und rechtlich gegen seine Zurückschiebung in die Türkei vorzugehen, vorenthalten. Er arbeitete nachweislich in der Türkei für eine Tageszeitung, welche die türkische Regierung der Gülen-Bewegung zuordnet und als terroristische Vereinigung einstuft. Obwohl es Berichte über Menschenrechtsverletzungen und politische Verfolgung von Menschen, die der Gülen-Bewegung zugeordnet werden, gibt, wurde er abgeschoben. Hierin sah der EGMR eine Verletzungen von Artikel 3 (Verbot der Folter, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung) und Artikel 13 EMRK (Recht auf wirksame Beschwerde).

### ***Abschiebeschutz für von Menschenhandel betroffener Nigerianerin***

Das VG Hannover ordnet mit [Beschluss vom 07.07.2021](#) die aufschiebende Wirkung der Klage einer Nigerianerin gegen ihre Abschiebung an, da das Bundesamt sich nicht hinreichend mit einer möglichen Gefährdung der Frau durch den Menschenhändlerring im Falle der Rückkehr auseinandergesetzt habe. Ebenso sei beim Verweis auf eine inländische Fluchtalternative zu prüfen, ob die Frau als Alleinerziehende ihre Familie ernähren könne, wenn die finanzielle Unterstützung der Großfamilie entfiel.

---

## Neues aus dem KOK

### ***Die Wahlprüfsteine des KOK zur Bundestagswahl 2021***

Im Vorfeld der Bundestagswahlen 2021 nutzte der KOK das sogenannte Wahlprüfsteinverfahren. Ein Angebot der Parteien BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, SPD, FDP und CDU/CSU, einige programmatiche Fragen zum politischen Umgang mit bestimmten Themen zu beantworten. Der KOK interessierte sich für Positionen und Vorhaben zu Menschenhandel und von Menschenhandel und Ausbeutung betroffenen Personen. Die teils deutlich voneinander abweichenden Antworten sind [hier](#), teils leicht gekürzt und zusammengefasst, zusammengestellt.

Den Parteien konnten im Rahmen des Wahlprüfstein-Verfahrens nur eine begrenzte Anzahl von Fragen präsentiert werden. Daher haben nicht alle Parteien genau dasselbe Fragentableau erhalten. Inwieweit das Thema Menschenhandel nun Eingang in einen Koalitionsvertrag und die Politik der zukünftigen Bundesregierung findet, bleibt abzuwarten. Der KOK wird sich im Rahmen der Koalitionsverhandlungen und Sondierungsgespräche noch einmal mit seinen Kernforderungen zur Bekämpfung des Menschenhandels in Deutschland einbringen.

## **KOK-BKA-Praxistag**

Am 7. und 8. September wurde mit mehr als 30 Teilnehmer\*innen, Mitarbeiterinnen aus spezialisierten Fachberatungsstellen, Vertreter\*innen von Bundes- und Länderpolizei sowie Finanzkontrolle Schwarzarbeit der gemeinsame KOK-BKA Praxistag in Potsdam durchgeführt. Ziel des zweitägigen Treffens war es, die Zusammenarbeit bei Fällen von Menschenhandel in Deutschland zu festigen, indem einerseits zielgerichteter Austausch über die jeweiligen Arbeitsaufträge, Arbeitsweisen und Perspektiven stattfand, um in der Praxis im Sinne eines guten Opferschutzes und effektiver Strafverfolgung die Kooperation der unterschiedlichen Akteure zu befördern; andererseits ging es auch darum aktuelle Entwicklungen des dynamischen Phänomens Menschenhandel zu reflektieren und Erkenntnisse anhand konkreter Fallbeispiele zu teilen. So waren inhaltliche Schwerpunkte der Menschenhandel aus Vietnam, wie aus Nigeria. Der Praxistag ist ein regelmäßig stattfindendes Veranstaltungsformat, das gemeinsam durch das Bundeskriminalamt und den KOK konzipiert und umgesetzt wird. Nachdem er im vergangenen Jahr pandemiebedingt nicht realisiert werden konnte, fand er diesmal erstmals auch mit Beteiligung von FKS und BPol statt.

---

## **Neues aus den KOK-Mitgliedsorganisationen**

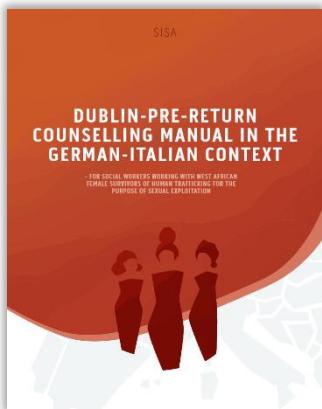
### ***SOLWODI Projekt informiert Betroffene geschlechtsspezifischer Gewalt über ihre Rechte und Unterstützungsmöglichkeiten***

Am 01.01.20 startete das 24-monatige EU Projekt *SARAH - Safe, Aware, Resilient, Able and Heard – protecting and supporting migrant women victims of gender-based violence*. Ziel des Projektes ist es, geflüchtete Frauen und Migrant\*innen, die von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind, über ihre Rechte zu informieren und ihnen den Zugang zu Unterstützungsleistungen zu erleichtern. Laut SOLWODI wird neben der psychosoziale Beratung und Organisation von Info-Cafés auch Datenerhebung und – monitoring stattfinden, um den Umfang geschlechtsspezifischer Gewalterfahrungen an geflüchteten Frauen und Migrant\*innen zu ermitteln. Außerdem erfolgt capacity building durch transnationale Austauschtreffen und nationale Schulungen und es finden Netzwerktreffen, um Fachpersonal im Umgang mit geschlechtsspezifischer Gewalt zu schulen statt. Ein weiterer Fokus liegt auf der Öffentlichkeitsarbeit. Bspw. wird eine kleine Podcast-Reihe für geflüchtete Frauen und Migrant\*innen entstehen und die Projektergebnisse werden mit wichtigen Akteur\*innen geteilt. Weitere Informationen sowie Projektveröffentlichungen können auf der SOLWODI Homepage abgerufen werden: <https://www.solwodi.de/seite/501644/eu-projekt-rec-sarah.html>

### **Kontakt**

E-Mail: [eu-projekte@solwodi.de](mailto:eu-projekte@solwodi.de)

## Veröffentlichungen



### Dublin Pre-Return Counselling Manual

SISA (Strengthening the Identification and Integration of Survivors of Sex Trafficking from West Afrika) veröffentlichte im Juli 2021 ein [Handbuch](#) *Dublin Pre-Return Counselling Manual in the German-Italian Context*. Das Projekt wird aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der Europäischen Union finanziert und von mehreren europäischen NGOs, unter anderem der KOK Mitgliedsorganisation SOLWODI Deutschland e.V., durchgeführt. Zielgruppe des Handbuchs sind Sozialarbeitende von Fachberatungsstellen gegen Menschenhandel, die mit sexuell ausgebeuteten Dublin-Rückkehrer\*innen arbeiten. Der Schwerpunkt liegt auf Betroffenen aus westafrikanischen Ländern, sie sollen auf eine Dublin-Rückkehr nach Italien vorbereitet und vor einer Revictimisierung geschützt werden. Dies geschieht u.a. durch Kooperationen mit NGOs in Italien und eine Begleitung der Betroffenen per Telefon und SMS auch während des Rückkehrprozesses.



### Schutz vulnerabler Personen im Flucht- und Migrationsrecht

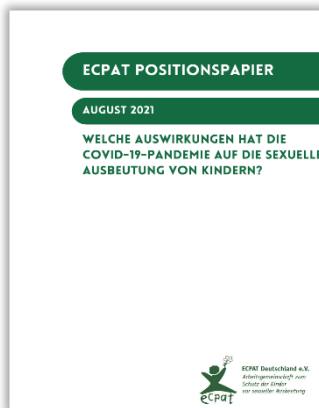
Im August 2021 erschien die Studie *Der Schutz vulnerabler Personen im Flucht- und Migrationsrecht*. Sie wurde im Rahmen des EU-Forschungsprojekts Horizon 2020 VULNER veröffentlicht und zeigt auf, wie im Rahmen des Aufnahmeverfahrens besondere Schutzbedürfnisse von Antragsteller\*innen identifiziert und die erforderliche Unterstützung bereitgestellt wird. Anhand von Betroffenen von Menschenhandel wird ein systematisierter Überblick über die Situation und die Rechte von vulnerablen Personen gegeben. Zudem wird geprüft, ob die für das Aufnahmeverfahren in erster Linie zuständigen Länder den unionsrechtlichen und völkerrechtlichen Vorgaben gerecht werden.



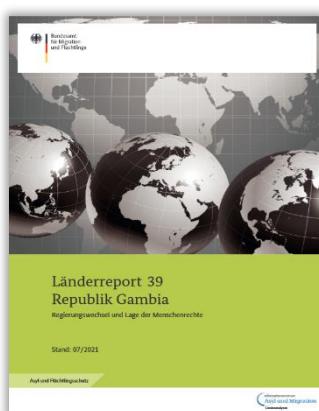
### Sonderausgabe Anti-Trafficking Review

Die Sonderausgabe No. 17 (2021): *Special Issue – Anti-Trafficking Education* der [Anti-Trafficking Review](#) befasst sich mit dem Bereich Bildung zum Thema Menschenhandel. Anti-Trafficking Review ist die erste frei zugängliche, von Fachleuten geprüfte Zeitschrift, die sich mit dem Thema Menschenhandel befasst. Sie untersucht Menschenhandel mit einem intersektionalen Blickwinkel im breiteren Kontext und legt den Schwerpunkt auf eine globale Ebene. Die Zeitschrift wird von der Global Alliance Against Traffic in Women (GAATW) veröffentlicht. Die Autor\*innen der Sonderausgabe erläutern Unterrichtsmaterialien und institutionelle Rahmenbedingungen sowie Ansätze, die sie abwechselnd als intersektional, anti-oppressiv, teambasiert, zivilgesellschaftlich engagiert, traumainformiert und von ehemal Betroffenen des Menschenhandels geleitet bezeichnen, um über Menschenhandel zu lehren und zu lernen. Durch die wachsende Zahl an Bildungseinrichtungen, die sich mit dem Thema Menschenhandel befassen, ist die Professionalisierung der Sozialen Arbeit zur Thematik Menschenhandel ein wichtiges Thema dieser Sonderausgabe.

## Positionspapier über die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die sexuelle Ausbeutung von Kindern

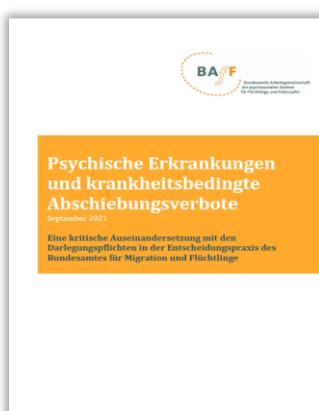


ECPAT Deutschland e.V. hat ein [Positionspapier](#) über die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die sexuelle Ausbeutung von Kindern veröffentlicht. In den vergangenen anderthalb Jahren kam es zu einer Zunahme an gemeldeten Kindeswohlgefährdungen in Deutschland und einem massiven Anstieg von Missbrauchsabbildungen im Netz. ECPAT nimmt Entwicklungen weltweit und in Deutschland in den Blick und benennt Auswirkungen auf Kinderschutz in Institutionen, auf die sexuelle Ausbeutung mittels digitaler Medien, auf Kinderschutz auf Reisen und im Tourismus und auf Menschenhandel zum Nachteil Minderjähriger.



### Länderreport Gambia

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge informiert im [Länderreport 39 Gambia](#) über die soziale und politische Situation im Land, insbesondere über Menschenrechtsprobleme. Unter anderem wird Menschenhandel näher beleuchtet. Verfassungsrechtlich gilt ein absolutes Verbot der Zwangsarbeit und Sklaverei, jedoch zeigt der [Jahresbericht 2020 Country Reports on Human Rights Practices: Gambia](#) des Außenministeriums der Vereinigten Staaten auf, dass nicht alle Formen der Kinderarbeit in Gambia gesetzlich verboten sind. Der Länderreport gibt an, dass trotz der rechtlichen Bestimmungen sexuelle Ausbeutung und Arbeitsausbeutung von Frauen und Kindern verbreitet sei. Es gebe zwar Anstrengungen zur Unterbindung von Menschenhandel, jedoch sind diese nicht ausreichend.



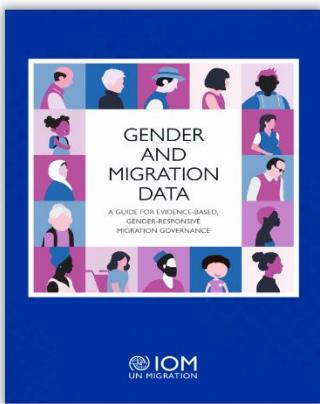
### Psychische Erkrankungen und krankheitsbedingte Abschiebungsverbote

Augrund der Kritik von Rechtsanwält\*innen, Fachverbänden und Menschenrechtsorganisationen an den umfangreichen Darlegungspflichten, die psychisch erkrankten Geflüchteten im asylrechtlichen Verfahren auferlegt werden, hat die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAFF) im September 2021 eine [Publikation](#) dazu veröffentlicht. Die Analyse wirft ein kritisches Licht auf die Entscheidungspraxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Hinblick auf den Umgang mit psychologisch-psychotherapeutischen und ärztlichen Stellungnahmen im Asylverfahren. Ziel der Untersuchung ist es aufzuzeigen, mit welchen Argumenten das Bundesamt besagte Unterlagen für unbeachtlich erklärt und darzulegen, wie diese Argumente aus der Perspektive der Betroffenen zu bewerten sind.



## Einfluss der Covid-19-Pandemie auf die Arbeitsmarktsituation von Migrant\*innen

Der im August vom Migration Policy Institute (MPI) veröffentlichte [Bericht](#) *Taking the Long View. Options for inclusive post-pandemic labour markets* zeigt auf, welche Auswirkungen die Covid-19 Pandemie auf Arbeitsmigrant\*innen hat und wie Arbeitsmarkttrends wie Automatisierung und mobiles Arbeiten die Integration von Migrant\*innen beeinflussen könnte. Außerdem werden politische Ideen und Empfehlungen für die Ausarbeitung integrativer Pandemie-Erholungsstrategien vorgestellt.



## IOM Leitfaden für eine evidenzbasierte, geschlechtergerechte Migrationspolitik

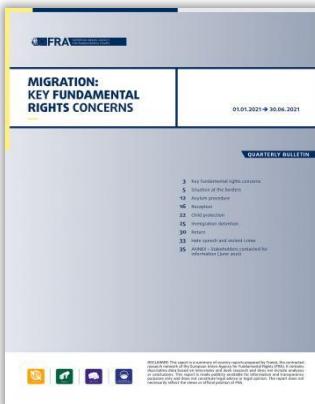
Die International Organization for Migration (IOM) hat am 26.07.21 den [Leitfaden](#) *Gender and Migration Data: A guide for evidence-based, gender-responsive migration governance* veröffentlicht. Der Leitfaden zeigt anhand von konkreten Hinweisen auf, dass bei der Erhebung, Erstellung, Nutzung, Analyse und Verbreitung von Migrationsdaten für die Politik geschlechtsspezifische Aspekte berücksichtigt werden sollten.



## Die Risiken und Nebenwirkungen deutscher und europäischer Rückkehrpolitik

Die [Stiftung Wissenschaft und Politik](#) (SWP) hat die [Studie](#) *Risiken und Nebenwirkungen deutscher und europäischer Rückkehrpolitik* veröffentlicht. Die Rückführung von ausreisepflichtigen Migrant\*innen hat einen hohen Stellenwert auf der politischen Agenda Deutschlands und der EU; häufig wird jedoch nicht ausreichend in Betracht gezogen, welche Auswirkungen diese Politik auf die Bereiche Entwicklung, Außenpolitik und Sicherheit hat. Die Studie zeigt, dass sich die Durchsetzung der Ausreisepflicht in der Praxis als schwierig erweist und benennt eine Reihe typischer Zielkonflikte. Die Studie empfiehlt, im Rahmen einer umfassenden Kosten-Nutzen-Abwägung diese Zielkonflikte systematischer als bisher zu untersuchen, um festzustellen, inwieweit die gegenwärtige Priorisierung der Rückkehr dem deutschen bzw. europäischen Interesse entspricht. Basierend auf dieser Analyse sollten die europäischen Regierungen Alternativen zur Rückführung in den entsprechenden Entscheidungsprozessen angemessen berücksichtigen.

## Bericht zu den wichtigen Grundrechtsfragen der Migration



Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) hat am 24.09.21 den [Bericht](#) *Migration: Key fundamental rights concerns* zu der Grundrechtssituation von Drittstaatsangehörigen, die in den Mitgliedstaaten und einigen EU-Beitrittskandidaten ankommen, veröffentlicht. Die EU-Agentur, die seit September 2015 regelmäßig Daten zu Asyl und Migration erfasst, konzentriert sich in dieser Studie auf den Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 30. Juni 2021. Der Fokus der Analyse beinhaltet die wichtigsten Grundrechtsfragen, die Situation an den Grenzen, die Asylverfahren, den Kinderschutz, die Inhaftierung von Einwander\*innen, Rückkehr sowie Hassreden und Gewaltverbrechen.



## Beratungsleitfaden über Arbeitsmarktzugang von Geflüchteten

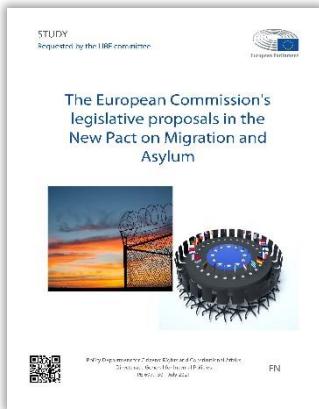
Das Deutsche Rote Kreuz und der Informationsverbund Asyl und Migration haben die aktualisierte vierte Auflage des [Beratungsleitfadens](#) *Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktzugangs von Geflüchteten* herausgegeben. Aufgrund des 2019 beschlossenen Migrationspaketes, kam es zu Änderungen im Aufenthaltsgesetz, Asylgesetz, SGB III und im Asylbewerberleistungsgesetz. Dies hatte auch erheblichen Einfluss auf den Arbeitsmarktzugang von Geflüchteten und der Beratungsleitfaden soll erläutern, wie diese dennoch eine Arbeitserlaubnis erhalten können und welche Fördermöglichkeiten existieren.



## Briefing Note zu Gewaltschutz in Unterkünften

Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) hat eine [Briefing Note](#) zum Gewaltschutz in Unterkünften für Geflüchtete veröffentlicht. Ausgehend von einer Untersuchung von zwei großen Geflüchtetenunterkünften wurden mehrere Punkte identifiziert, durch welche Gewaltschutzkonzepte für Einrichtungen fortentwickelt werden können. Dazu zählen neben der zügigen dezentralen Unterbringung vor allem mehr Autonomie bei der Essensversorgung, Maßnahmen gegen Rassismus, mehr Partizipation der Bewohner\*innen und weniger Ruhestörungen, insbesondere durch nächtliche Abschiebeversuche.

## Studie über Legislativvorschläge des NPMA



Seit Ende Juli ist die vom Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres in Auftrag gegebene [Studie](#) *The European Commission's legislative proposals in the New Pact on Migration and Asylum* (NPMA) veröffentlicht, die eine detaillierte Bestandsaufnahme und Untersuchung der wichtigsten rechtlichen Änderungen und Fragen liefert, die die fünf Legislativvorschläge des NPMA betreffen. Anschließend erfolgt eine kritische Bewertung dieser Vorschläge im Hinblick auf ihre juristische Kohärenz, die Vereinbarkeit mit den Grundrechten und die Anwendung des in Artikel 80 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) verankerten Grundsatzes der Solidarität und der gerechten Aufteilung der Verantwortlichkeiten. Nach Ansicht der Studie versäumt es die Europäische Kommission, die wirklichen Probleme der derzeitigen Migrationspolitik zu erkennen und bewertet die Auswirkungen des NPMA auf die Migrationsverfahren und die Grundrechte von Migrant\*innen insgesamt als negativ.

## Sozialbericht der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat den [Sozialbericht](#) 2021 veröffentlicht, mit dem sie den Umfang und die Bedeutung der sozialstaatlichen Leistungen und die in diesem Kontext ergriffenen Reformen in der jeweiligen Legislaturperiode dokumentiert. Im ersten Teil wird ein umfassender Überblick über die Maßnahmen und Vorhaben der Gesellschafts- und Sozialpolitik gegeben, im zweiten Teil über das Sozialbudget informiert. Informationen über den Sachstand, die Förderprogramme und die Gesetze zum Arbeitsschutz und zur Arbeitsausbeutung werden auf den Seiten 51-53, 120 und 160-162 aufbereitet. Zudem werden die Maßnahmen und Vorhaben der Politik für die Themenfelder „Menschenhandel“ (S. 118-122 und 159-162), „Migration und Integration“ (S. 54 – 57) und „Gewalt an Frauen“ (S. 118-124) beleuchtet.

## Einstellungen zur Integration in der deutschen Bevölkerung von 2014 bis 2020



Seit 2014 führt das Forschungsprojekt ZuGleich des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld eine repräsentative wiederkehrende [Befragung](#) zu den Einstellungen zur Integration in Deutschland, die in zweijährlichen Abständen durchgeführt wird, durch. Im August 2021 wurden die Ergebnisse der vierten Erhebung im Studienbericht *ZuGleich – Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit* veröffentlicht. Im Rahmen der Studie werden Meinungen, Einstellungen und Wahrnehmungen von Menschen in Deutschland mit und ohne Einwanderungsgeschichte abgefragt. Ziel ist Entwicklungen, die von Migrations- und Integrationsdebatten geprägt sind, abzubilden. Im Vergleich zur Befragung 2018 stiegen integrationsfeindliche Einstellungen im Jahr 2020, über 60 Prozent der Befragten wünschen sich mehr Anpassung von Zugewanderten.



## *EU Studie über Handlungs(spiel)räume zivilgesellschaftlicher Organisationen*

Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) hat im August 2021 einen [Studie](#) über die jüngsten Entwicklungen in der EU in Bezug auf verschiedene Aspekte zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume veröffentlicht. Der Fokus liegt hierbei auf den zivilgesellschaftlichen Organisationen, die im Bereich der Menschenrechte tätig sind. Einzelne Themenpunkte sind allgemeine Herausforderungen und Chancen, der Rechtsrahmen, der Zugang zu Finanzmitteln, die Beteiligung an Entscheidungsprozessen sowie Bedrohungen und Angriffe gegen Organisationen und ihre Mitarbeitenden.

Dabei haben verschiedene Untersuchungen die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft bei der Überwachung und Gestaltung der Reaktionen der Behörden auf die Covid-19-Pandemie, bei der Förderung des Zugangs zu grundlegenden Dienstleistungen für alle und bei der Reaktion auf dringende Bedürfnisse herausgestellt. Die FRA appelliert an die politischen Entscheidungsträger\*innen, ein günstigeres Arbeitsumfeld für die Zivilgesellschaft zu schaffen und so zur Verwirklichung der Menschenrechte für alle beizutragen.

---

## Termine

### *Online-Seminare zu Handel mit und Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen im Migrations- und Asylkontext*

Am **26.10.21** findet um 10 Uhr ein kostenfreies Einführungsseminar von ECPAT Deutschland zum Thema *Handel mit und Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen im Migrations- und Asylkontext* statt. Das Webinar richtet sich an interessierte Fachpersonen, die sich zu Handel mit Kindern weiterbilden möchten. Anzeichen für Handel mit und Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen werden beleuchtet und es wird diskutiert, wie Betroffene erkannt und unterstützt werden können. Außerdem werden besondere Vulnerabilitäten im Migrations- und Asylkontext benannt sowie die aufenthalts- und asylrechtliche Relevanz von Menschenhandel. Anmeldung sind [hier](#) möglich.

### *Fachtagung Menschenhandel und Corona*

Der Arbeitskreis Keine Gewalt gegen Frauen und Kinder der Stadt Brandenburg an der Havel lädt zu der Fachtagung *Menschenhandel und Corona* am **17.11.21** von 13:00 Uhr bis 17:00 Uhr ein. Die Themen Menschenhandel, Zwangsprostitution und deren Verlagerung in den digitalen Raum sind durch die Situation in der Corona-Pandemie aktueller denn je. Besonders betroffen sind [Kinder](#) - der Wegfall sozialer Kontrolle durch Homeschooling und Homeoffice und die Verlagerung fast aller Lebensbereiche ins Digitale erleichterten Täter\*innen den Zugang zu und das Schaffen von Angeboten kinderpornographischen Materials. Die Fachtagung informiert über Veränderungen seit Pandemiebeginn und die Besonderheiten im Zusammenhang mit Menschenhandel und gibt Impulse, um gemeinsam gegen Menschenhandel vorzugehen und Betroffene zu unterstützen.

Die Veranstaltung ist in Präsenz und digital als Livestream zugänglich. Der Austragungsort ist das Interkulturelle Zentrum der Berlin Brandenburgischen Auslandsgesellschaft am Gotthardtkirchplatz 10 in Brandenburg an der Havel. Anmeldung unter <https://form.jotform.com/212082845167356>.

### ***Einladung zur Konferenz Bekämpfung des Menschenhandels***

Das österreichische Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten hat die Einladungen zur diesjährigen Konferenz Bekämpfung des Menschenhandels verschickt. Anlässlich des EU-weiten Tages gegen Menschenhandel am 18.10.21 veranstaltet die österreichische Task Force gegen Menschenhandel die Konferenz Follow the Money: Financial Aspects of Combating Human Trafficking. Menschenhandel gilt als eines der profitabelsten Verbrechen, die Täter\*innen erwirtschaften enorme Summen während die Betroffenen nur in seltenen Fällen Entschädigung erhalten. Die Konferenz möchte daher die Wege des Geldes beim Menschenhandel beleuchten. Diese findet am **13. und 14. Oktober** in hybrider Form statt, sowohl vor Ort in der Diplomatischen Akademie Wien, als auch online. Die Anmeldung erfolgt über diesen [Link](#).